Gemeinde Heist

Beschlussvorlage

Vorlage Nr.: 276/2009/HE/BV

Fachteam: Planen und Bauen	Datum: 05.11.2009
Bearbeiter: René Goetze	AZ:

Beratungsfolge	Termin	Öffentlichkeitsstatus
Ausschuss für Bau-, Umwelt und Feuerwehrangelegenheiten der Gemeinde Heist	30.11.2009	öffentlich
Gemeindevertretung Heist	14.12.2009	öffentlich

Satzungsbeschluss für den Bebauungsplan Nr. 15 "Gewerbegebiet Kreuzweg"

Sachverhalt:

Die öffentliche Auslegung des Planes samt Begründung sowie die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange ist abgeschlossen.

Die während der Beteiligung eingegangenen Anregungen und Bedenken können dem beigefügten Abwägungsvorschlag entnommen werden.

Der Abwägungsentwurf schlägt außerdem vor, wie mit den Stellungnahmen umgegangen werden könnte.

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Verwaltung empfiehlt, dem Abwägungsvorschlag zu folgen und den Bebauungsplan gem. Beschlussempfehlung als Satzung zu beschließen.

Finanzierung:

Die Planungskosten stehen haushaltsrechtlich zur Verfügung.

Beschlussvorschlag:

Der Bauausschuss empfiehlt / Die Gemeindevertretung beschließt:

1. Die während der öffentlichen Auslegung des Entwurfs des B-Planes Nr. 15 „Gewerbegebiet Kreuzweg“ abgegebenen Stellungnahmen der Öffentlichkeit und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange hat die Gemeindevertretung mit folgendem Ergebnis geprüft:

- a) berücksichtigt werden die Stellungnahmen von ...,
- b) teilweise berücksichtigt werden die Stellungnahmen von ...,
- c) nicht berücksichtigt werden die Stellungnahmen von ...

Die Verwaltung wird beauftragt, diejenigen, die eine Stellungnahme abgegeben haben, von diesem Ergebnis mit Angabe der Gründe in Kenntnis zu setzen.

2. Aufgrund des § 10 des Baugesetzbuches sowie nach § 84 der Landesbauordnung beschließt die Gemeindevertretung den B-Plan Nummer 15 „Gewerbegebiet Kreuzweg“ für das Gebiet westlich der Bundesstraße 431, nördlich der Straße „Kreuzweg“, südlich der Straße „Lehmweg“ und östlich der Straße „Kiefenweg“, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), als Satzung.
3. Die Begründung wird gebilligt.
4. Der Beschluss des B-Planes durch die Gemeindevertretung ist nach § 10 BauGB ortsüblich bekannt zu machen. In der Bekanntmachung ist anzugeben, wo der Plan mit Begründung und zusammenfassender Erklärung während der Sprechstunden eingesehen und über den Inhalt Auskunft verlangt werden kann.

Neumann

Anlagen:

- Abwägungsvorschlag
- Planzeichnung
- Begründung